

TAGUNGEN

Jahrestagung der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947

„Europäische Gesellschaft — Europäische Gemeinschaft“ war das Gesamtthema der diesjährigen Tagung. Vom „Anfang einer neuen politischen Ordnung“ zu sprechen, wie es der Vorsitzende der Gesellschaft Dr. *Rudolf Mueller* tat, bedeutet ein großes Wort. Der Redner beleuchtete vor allem die Veränderungen der Verhältnisse zwischen Ost und West durch den Einfluß der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die EWG als neue Ordnungsmacht in der Welt, nicht nur in Europa, war der wesentliche Gegenstand aller Reden der Tagung, die diesmal nicht von einem Podiumsgespräch ergänzt wurden.

Die EWG, führte Dr. Mueller aus, will kein autarker Wirtschaftsblock, kein Überstaat werden. Es handelt sich um ein immer festeres Zusammenwirken der europäischen freien weltoffenen Völker. Die USA schließen sich dem Ring freier Völker an und sind heute die Mittler in dieser Entwicklung geworden. 1958 lief die EWG an, in einer Zeit, in der hierzulande das Wort vom Wirtschaftswunder gras-

sierte. Doch heute müssen die von diesem Pseudowunder verwöhnten Unternehmer schärfer kalkulieren und sich dem Wettbewerb öffnen. Die Nivellierung der Einkommen fällt mit neuen Produktionsverfahren zusammen. Die Integration Europas ist stark von sozialen Gedanken beherrscht. Alte gesellschaftliche Schranken fallen. Das Parlament der Wirtschaft ist noch nicht da aber im Kommen.

Der freie Verkehr der Güter, Dienstleistungen, Kapitalbewegungen, Arbeitskräfte ist von den Normen des Gemeinsamen Marktes geprägt. Diese Übereinstimmung und die Teilung der Souveränität zwischen den Einzelstaaten und der Europäischen Gemeinschaft ist die erste Besonderheit der neuen politischen Ordnung. Die Kräfte der neuen Gemeinschaft erweisen sich als nicht machtpolitische, aber ökonomische und gesellschaftliche Herausforderung an den Kommunismus für eine friedliche Gestaltung des Zusammenlebens der Völker. In dieser Phase ist die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern und die Verantwortung für sie in der atlantischen Gemeinschaft sehr wichtig.

Das Schmerzenskind in der Entwicklung der EWG, die Agrarpolitik, fand in *Ulrich von Pufendorf*, Diplom-Landwirt und agrarpolitischer Experte der Wipog, einen besonders

TAGUN GEN

sachkundigen Referenten. Er bedauerte das Auseinanderfallen der Entwicklung im industriellen und landwirtschaftlichen Aufbau. Einheitliche Denkvorstellungen im Interesse gemeinsamer Wege zum Ziele von Höchstleistungen in beiden Bereichen sind in Europa anscheinend aus dem Bewußtsein verdrängt worden.

In unserer heutigen deutschen Erwerbsgesellschaft leben zehn Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft. Das bedeutet aber nicht einen Schrumpfungsvorgang, sondern einen Gesundungsvorgang, eine beachtliche Rationalisierungsleistung, die menschliche Arbeitskraft weithin durch gesteigerte Technik ersetzt. Schon damit offenbart sich der Zusammenhang zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Fertigung in klarster Form. Statt dessen erleben wir seitens der landwirtschaftlichen Berufsverbände immer noch die Klagen über die Notlage einer Landwirtschaft, die gewohnt ist, den Staat als den Schutzherrn anzusehen, der die agrarischen Probleme auf dem Subventionswege zu lösen hat. Auch wenn ungünstige Bodenverhältnisse, Schwierigkeiten rationeller Zusammenlegungen, Mangel an Eigeninitiative und Mangel an Fortschrittsgeist dem entgegenstehen — die Landwirtschaft muß sich selbst von ihren Hemmungen lösen und auf eine Sonderstellung verzichten.

Auf die Dauer muß die Landwirtschaft zu echten Wettbewerbspreisen kommen. Zu fordern ist darum: Umstellung von Quantität auf Qualität, mehr Bildungselemente in der Landwirtschaft, die ebenso wichtig sind wie materielle Investitionen, landwirtschaftliche Selbsthilfe statt zuviel Versorgungsdenken, Nutzung des Beratungswesens und genossenschaftliche Zusammenarbeit. Es ist noch nicht genügend gelungen, das Agrarproblem in die Sicht einer offenen Welt einzubeziehen. Entscheidend für alle Reformen ist aber vor allem im landwirtschaftlichen Bereich das persönliche soziale Verhalten.

Der Holländer *Alfred Mozer*, Kabinettschef beim Vizepräsidenten der EWG-Kommission in Brüssel, führte die heutige Stellung und Bedeutung der EWG in einer Art vor Augen, die auch die beachtlichen Hemmungen nicht außer acht ließ. Wie in der Echterbacher Springprozession geht die Entwicklung rückwärts wie vorwärts, aber im Endeffekt doch vorwärts. Wenn man bedenkt, daß Europa schon vor den Weltkriegen Zeichen eines Bedeutungsschwundes unseres Kontinents aufwies und nach den Kriegen seine Vorherrschaft vollends zerbrochen war, ist es eine überraschende Leistung, wenn Europa von einem Objekt der Weltpolitik sich zu einem bestimmenden Faktor erhob. Nicht zuletzt allerdings, weil sich Nordamerika als Geburtshelfer eines neuen freien Europa erwies.

Noch optimistischer sah Prof. Dr. *Böttcher* aus Hohenheim die von der EWG erwirkten

weltpolitischen Änderungen an. Die Theorie vom notwendigen Niedergang der als kapitalistisch verschrienen Nationen ist schwer erschüttert. Das hat zur Folge, daß der Kommunismus seine Vorstellungen von Weltrevolution, Koexistenz und Diktatorenwirtschaft, die Theorien von Kolonialismus und Imperialismus, die These von der Bedrohung durch imperialistische Mächte zu revidieren beginnt. Damit wird der Kommunismus elastischer und die Möglichkeiten der freiheitlicheren Ordnungsformen sind größer. Der betonte Nationalismus und die Autarkiebestrebungen einiger Satellitenstaaten sind allerdings noch ein Hindernis. — Von besonderer Bedeutung ist das Maß der Anziehung der EWG auf die Entwicklungsländer. Daß ein expandierender Europäischer Markt größere Absatzmöglichkeiten bietet als der Ostblock, ist eine Hoffnung.

Nach soviel weltwirtschaftlichem Optimismus in den vorherigen Darlegungen glaubte Dr. *Hermann Proebst* von der *Süddeutschen Zeitung* die politischen Verhältnisse im innerdeutschen Raum kritischer ansprechen zu sollen. Die besondere politische Gestalt des alten Römischen Reiches wurde von seinen Bewohnern immer noch mit großer Anhänglichkeit anerkannt, als sie längst nur noch eine Fiktion war; als später eine andere politische Wirklichkeit sich durchsetzte, hieß sie nicht Nation und Demokratie, sondern angestammte Obrigkeit. Auch dieser Zustand hat sich unangemessen lange erhalten. Die Masse der Untertanen hat sich höchstens zur bürgerlichen Erwerbsgesellschaft gewandelt. Die Begriffe Nation und Demokratie blieben den meisten Deutschen unsichere Vorstellungen. Aus solchen offenbaren Schwächen werden die Veränderungen der Weltentwicklung nicht zu Stärken. Es gilt deshalb, eine harte Erziehung zum gesellschaftlichen Bewußtsein nachzuholen. Das ist eine Aufgabe von Generationen. Begebenheiten wie die *Spiegelaffäre* beweisen die politische Unterernährung. Für uns steht die Aufgabe noch vor uns, die Verfassungswirklichkeit unseres Staates mit bürgerlicher Selbstverantwortung zu erfüllen.

Das Schlußwort von Dr. *Gernot Gather*, Redakteur des Organs der Wipog *Offene Welt*, lenkte wieder zum Generalthema Europäische Integration zurück. Ein verständiger Ausgleich zwischen berechtigten Forderungen der einzelnen Nationalwirtschaften und den größeren Zielen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft muß dauernd überprüft werden. Geschlossene Systeme sind zur Erstarrung verurteilt; einer offenen Gesellschaft winkt die größere Chance. In einer Welt der Freizügigkeit von Menschen, Denkbildern, Kapital und Waren und im Wettstreit der Leistung müssen wir auf die eigne Kraft vertrauen. Das ist das beste Rezept für eine Gesellschaft, die sich gleichzeitig frei und solidarisch fühlt.

Adolf Leweke